



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 13.06.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 18. Juni 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.05.2013
2. **13-F-33-0053**

Neues Gaststättengesetz
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 11. Juni 2013.

Am 1. Mai 2012 ist das neue Gaststättengesetz in Hessen in Kraft getreten. Hierdurch ist es sowohl für die Gastronomen in Wiesbaden, als auch für ihre Gäste, zu bedeutenden Veränderungen gekommen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- die wichtigsten Änderungen des ‚Hessischen Gaststättengesetzes‘ für Gastronomen und Gäste zu erläutern.
- zu berichten, welche Erfahrungen seit der Gesetzesänderung gemacht wurden.

3. 13-F-03-0068

Biodiversität auf städtischen Landwirtschaftsflächen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juni 2013

Neben dem Klimawandel ist der Rückgang der Artenvielfalt ein weltweit bedrohliches Umweltproblem. Die biologische Vielfalt ist existenzielle Grundlage auch für menschliches Leben, der Verlust an genetischer Vielfalt birgt unabsehbare Risiken für die Ernährung und Gesundheit kommender Generationen.

Einst entstand nicht nur in Wiesbaden durch vielfältige und kleinräumige bäuerliche Nutzung eine artenreiche Kulturlandschaft. Und auch heute kann nur mit Hilfe der Landwirtschaft zumindest ein Rest dieser einstigen Vielfalt erhalten werden. Der Erhalt von typischen Tier- und Pflanzenarten der Kulturlandschaft dient nicht zuletzt der Landwirtschaft selbst - Artenvielfalt sichert die genetischen Ressourcen für die Nutzpflanzenzucht, die Bestäubung von Nahrungspflanzen, die natürliche Regulierung von Schadinsekten und eine nachhaltige Bodenfruchtbarkeit.

Kommunen können als Eigentümerinnen landwirtschaftlicher Flächen Pachtverträge entsprechend ausgestalten und damit ihrer lokalen Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt gerecht werden. Die Stadt Frankfurt hat das im vergangenen Jahr mit der Einführung einer „Biodiversitätsklausel“ getan, die den Landwirten verschiedene Maßnahmen wie z. B. die Anlage von Blühflächen oder Ackerschonstreifen oder die Neuanlage von Extensiv-Grünland zur Auswahl stellt. Die Stadt Wiesbaden soll ein Konzept mit vergleichbarer Zielsetzung entwickeln.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, durch die zuständige Fachverwaltung im Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten und unter Beteiligung des Liegenschaftsamtes und des Umweltamtes ein Konzept zur Förderung der Biodiversität auf städtischen Landwirtschaftsflächen zu erarbeiten. Wesentliche Bestandteile eines solchen Konzeptes sind:
 - a. Bei Neuabschluss oder Verlängerung von Pachtverträgen zu landwirtschaftlichen Flächen der Landeshauptstadt Wiesbaden wird eine ökologische Aufwertung durch die vertragliche Vereinbarung geeigneter Maßnahmen angestrebt. Entsprechende Verhandlungen sind zunächst mit dem bisherigen Pächter zu führen.
 - b. Städtische Agrarflächen werden bevorzugt an Pächter vergeben, die zur Umsetzung von Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung bereit sind.
 - c. Geeignete Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung sind insbesondere:
 1. Die Umstellung auf Ökolandbau nach EU-Rechtsvorschrift bzw. Richtlinien der anerkannten Öko-Anbauverbände.
 2. Die Anlage von Blühstreifen, Ackerschonstreifen oder Feldrainen auf Ackerflächen. Diese Maßnahmenflächen sind auf mindestens 3 % der Fläche anzulegen und nach guter fachlicher Praxis zu pflegen. Sie dürfen weder gedüngt noch mit Pestiziden behandelt werden.
 3. Die Anlage von Grünlandbrachestreifen auf städtischen Grünlandflächen (mit Ausnahme von bereits extensiv gepflegten Grünländern).

Diese Maßnahmenflächen sind auf mindestens 5 % der Fläche anzulegen. Sie werden alle zwei Jahre gemäht (inkl. Mähgutbeseitigung) und dürfen weder gedüngt noch mit Pestiziden behandelt werden.

d. Der Einsatz von Breitbandherbiziden wie z.B. Glyphosat ist auf städtischen Flächen grundsätzlich untersagt.

2. Der Magistrat wird desweiteren gebeten,

a. zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine finanzielle Förderung der oben genannten Maßnahmen einer besonders umweltgerechten Landwirtschaft über das Hessische integrierte Agrar-Umweltprogramm (HIAP) möglich ist, wenn die Maßnahmen Bestandteil der kommunalen Pachtverträge sind.

b. zu prüfen, ob und in welcher Größenordnung der Pachtzins seitens der Stadt Wiesbaden verringert werden kann, wenn keine Fördermöglichkeit über das HIAP besteht.

4. 13-F-08-0045

Verwendung von Polystyrol als Dämmstoff

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11. Juni 2013

In den Medien häufen sich Berichte, denen zufolge die Verwendung des weit verbreiteten Dämmstoffs Polystyrol gravierende negative Folgen haben kann. Demnach kann das Dämmmaterial die Ausbreitung eines Brandes beschleunigen - in der Presse wurde bereits über ein entsprechendes Ereignis in Darmstadt-Eberstadt und in Frankfurt (neues Justizgebäude) berichtet.

Die notwendige Entsorgung als Sondermüll führt zu erheblichen Folgekosten und Schadstoffbelastungen, und zwar in umso größerem Ausmaß, als die Haltbarkeit polystyrolgedämmter Fassaden sich vielfach als geringer erweist als angenommen. Schließlich wurden, beispielsweise in Berlin, gravierende Gewässerbelastungen durch ausgewaschene Biozide festgestellt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Sind solche Berichte dem Wiesbadener Magistrat bekannt, und werden sie ernst genommen?

2. In welchem Umfang wurden und werden Gebäude im Eigentum der Stadt Wiesbaden unter Verwendung von Polystyrol energetisch ertüchtigt? Überprüft die Stadt als Bauherrin diese Praxis im Hinblick auf eine Neueinschätzung des Brandrisikos und der Folgekosten?

3. Ist dem Magistrat bekannt, ob die GWW und andere Kommunale Wohnungsbaugesellschaften in Wiesbaden bei ihren ambitionierten Programmen zur energetischen Sanierung bzw. zum Neubau energieeffizienter Gebäude weiterhin am Dämmstoff Polystyrol festhalten will oder ob das kommunale Unternehmen für künftige Maßnahmen nach Alternativen sucht? Sieht er ggf. die Möglichkeit, in Abstimmung mit der GWW und anderen Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften als dem größten energetischen Sanierer der Stadt Wiesbaden eine Evaluierung von Alternativen zu dem möglicherweise als problematisch erachteten Dämmstoff vorzunehmen?

4. Wie schätzt die Wiesbadener Berufsfeuerwehr das Brandrisiko bei Gebäuden mit Polystyrol gedämmten Fassaden ein? Wurden in den vergangenen Jahren Richtlinien und Ausbildungsinhalte bezüglich des Umgangs mit entsprechenden Bränden sowie der Brandprävention verändert?

5. Wurde in Wiesbaden die Belastung der Gewässer und des Abwassers durch Biozide untersucht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

5. 13-F-03-0061

Nachtflugverbot am Airfield Erbenheim
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2013 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

6. 12-F-33-0107

Risikoanalyse Überflug Industriepark InfraServ
Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0167 vom 18.08.2012 und
Nr. 0016 vom 22.01.2013
Mdl. Zwischenbericht des Magistrats

ANLAGE

7. 12-F-03-0161

Akteneinsichtnahmeausschusses zur Klärung der Vorgänge rund um das Regionalparkprojekt
Rathenauplatz/Alexander-Patch-Brücke in Kastel
- - Bericht des Magistrats vom 15.05.2013
- Ergebnisse der Akteneinsichtnahme

ANLAGE - Bericht

8. 12-F-33-0131

Katzen in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0051 vom 05.03.2013

ANLAGE

9. 13-F-08-0046

Sachstandsbericht MBA
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11. Juni 2013

Auf Grund der Erfahrungen mit verschiedenen Anlagen dieser Art und verwendetem Material
möchten wir um einen Sachstandsbericht zur Anlage bitten.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welches Material wird zum Betreiben der Anlage benutzt?
2. Reicht das lokal und regional anfallende Material aus, oder muss aus anderen Regionen
welches eingeführt werden?
3. Wenn ja, aus welchen Regionen kommt das Material?

10. 12-F-33-0120

Energieeffizienz in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0186 vom 06.11.2012

ANLAGE - Bericht

11. 12-F-03-0022

Förderprogramme erneuerbare Energien und innovative Effizienztechnologien
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0042 vom 06.03.2012

ANLAGE

12. 13-F-03-0016

Energiemanagementsystem nach dem Modell der Hochschule Rhein-Main
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0052 vom 05.03.2013

ANLAGE - Bericht

13. 13-A-51-0003

Windkraft in Wiesbaden
Bericht des Magistrats

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Jörg Höhler (ESWE Versorgungs AG) eingeladen.

Es ist geplant gegen 19:30 Uhr in die Beratung zu TOP 13 einzutreten.

14. 13-V-61-0003

DL 17/13-1

Änderungs- und Offenlagebeschluss zur Flächennutzungsplanänderung "Nahversorger Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost

15. 13-V-61-0007

DL 17/13-2

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost -
Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

16. 13-V-61-0020

DL 17/13-3

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgungszentrum Anne-Frank-Straße/Goerdelerstraße" im Ortsbezirk Klarenthal
- Satzungsbeschluss -

17. 13-V-61-0002 DL 22/13-1

Bebauungsplan "Wohnquartier Rheingaupalais" im Ortsbezirk Schierstein
- Satzungsbeschluss

18. 13-V-61-0030 DL 21/13-5

Bebauungsplan "Rhein-Main-Hallen" im Ortsbezirk Mitte
- Aufstellungsbeschluss -

19. 13-V-61-0021

Bebauungsplan "Östlich der Parkstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Satzungsbeschluss -

Der Magistrat berät zu Tagesordnungspunkt 19 voraussichtlich in seiner Sitzung am 18.06.2013.
Die Beratungsunterlagen werden nachgereicht.

20. 13-V-82-0007 DL 21/13-1 NÖ

Vergabeempfehlung Objektplanungsleistungen Neubau Rhein-Main-Hallen

Der Tagesordnungspunkt 20 ist zur nicht-öffentlichen Beratung vorgesehen.

21. 13-F-08-0034

Umwelttechnische Aufstellung der RMH - Sachstandsbericht
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.04.2013 (eingebracht in der Sitzung am
07.05.2013)

ANLAGE

22. Verschiedenes

1. **13-V-20-0027** **DL 16/13-2**
Investitionscontrolling 1 Quartal 2013

2. **13-V-36-0010** **DL 16/13-5**
Selbstverpflichtung der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Klimaschutz

3. **13-V-66-0222** **DL 16/13-9**
Öffentliche Straßenbeleuchtung - Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden

4. **13-V-67-0002** **DL 20/13-2, 18/13-10**
Freigabe und Genehmigung von Mitteln für den Bau von Urnenwänden auf den Wiesbadener Friedhöfen

5. **12-F-03-0094**
Energienmix für Wiesbaden 2020 - GuD-Kraftwerk Ingelheimer Aue
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0020 vom 22.01.2013
ANLAGE - Bericht

6. **13-F-08-0025**
Einstellung der Ausbringung von Neonicotinoiden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0045 vom 05.03.2013
ANLAGE - Bericht

7. **13-V-36-0014** **DL 19/13-1 NÖ**
Niederschrift über eine nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender